

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université
Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden
Band: 35 (2009)
Heft: 3

Artikel: Jetzt umsteuern!
Autor: Kempen, Bernhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893979>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jetzt umsteuern!

Bernhard Kempen*

Zehn Jahre nach der „Bologna-Erklärung“, in der sich am 19. Juni 1999 30 europäische Staaten zu dem Ziel eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes bekannten, herrscht an deutschen Hochschulen mehr Ernüchterung als Euphorie. Selbst enthusiastische „Bologna“-Befürworter müssen konzedieren, dass die Kernziele der Hochschulreformen bislang verfehlt wurden. Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen hat zweifelsfrei zu Mobilitätsverlusten geführt. Ein Studienortwechsel im Inland oder gar ins Ausland ist schwerer und nicht leichter geworden. Die Hoffnung auf eine „automatische“ Anerkennung von Studienleistungen bleibt unerfüllt. Und die Zahl der Studienabbrecher ist insbesondere in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften gestiegen statt gesunken.

Verantwortlich für diese Fehlentwicklungen ist die bürokratische Umsetzung der Reformen in Deutschland, bei der Vielfalt mit Gleichmacherei verwechselt wurde. Sach- und fachangemessen muss entschieden werden, welche Abschlüsse für die jeweilige Disziplin geeignet sind. Wer stets die dem Wettbewerb verpflichtete, autonome Hochschule beschwört, sollte nicht gleichzeitig „von oben herab“ Studienstrukturen verordnen.

Nicht jedes Fach lässt sich in das Korsett eines sechssemestrigen Hauruckstudiums pressen. Betätigungsfelder unterhalb der klassischen ärztlichen und juristischen Berufe kann ein dreijähriges Bachelorstudium in Medizin und Jura kaum bieten. Vergleichbares gilt für die Lehramtsstudiengänge sowie die Ingenieurwissenschaften: Gerade in den Ingenieurwissenschaften war das Diplom „made in Germany“ ein internationales Vorzeigemodell: Inhaber des Titels „Dipl.-Ing.“ wurden weltweit von Arbeitgebern übernommen. Eine derart renommierte Marke fallen zu lassen, war kein Gebot der Bologna-Vereinbarungen, sondern eine Dummheit deutscher Hochschulpolitik.

* Deutscher Hochschulverband (DHV), Rheinallee 18, D-53173 Bonn, E-mail: praesident@hochschulverband.de.

Bernhard Kempen, Prof. Dr. iur., Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, ist Universitätsprofessor (C 4) für Öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität zu Köln, zugleich geschäftsführender Direktor des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und des Instituts für deutsches und europäisches Wissenschaftsrecht der Universität zu Köln.

Ebenso wenig ist in den Konferenzdokumenten festgeschrieben worden, dass der Master nur für eine Handvoll Auserlesener reserviert bleiben sollte. In Deutschland aber werden die Hochschulen per Zielvereinbarung dazu gezwungen, bei der Masterausbildung zu sparen und ihre Ressourcen bis zu 80 Prozent in Bachelorprogrammen einzusetzen. In vielen Studienfächern können sich daher nur ein Fünftel der Bachelorabsolventen in einem Masterstudiengang weiter qualifizieren. Viele der Bachelorabsolventen, die von der Wirtschaft allen Werbekampagnen zum Trotz eben doch nicht immer willkommen geheißen werden, rütteln daher vergeblich an das Tor zum Masterstudium. Es passt einfach nicht zusammen: Die „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) will hohe Studierendenquoten und räumt daher für Handwerksmeister die Zugangshürden im Bachelorstudium aus dem Weg, während beim Masterstudium durch Noten und Quoten neue Hindernisse aufgerichtet werden.

Das uneingelöste Versprechen, den deutlich erhöhten Prüfungs- und Lehraufwand der modularisierten Studiengänge mit zusätzlichem Personal abzufedern und zusätzliche Masterstudienplätze zu schaffen, droht im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise vollends Makulatur zu werden. Die vom Wissenschaftsrat zuletzt geforderten 1,1 Milliarden Euro für eine Verbesserung der Studiensituation sind im Hochschulpakt II nicht berücksichtigt worden. Dabei liegt das Kapital moderner Wissensgesellschaften vor allem in einer hochwertigen Ausbildung und Bildung, die die Studierenden zu Recht fordern. Wenn im 10. Studierenden survey, der im Auftrag des Bundesforschungsministeriums herausgegeben wird, die Hälfte der Befragten dem Bachelorstudium die wissenschaftliche Qualität abspricht, müssen bei allen Beteiligten die Alarmglocken klingeln. Gerade an Universitäten müssen die neuen Studiengänge dem Anspruch einer universitären Ausbildung durch Wissenschaft genügen. Statt des Bachelors sollte deshalb der Master der Regelabschluss sein. Wer in Krisenzeiten für die Zukunft vorbauen will, darf bei der Bildung nicht mauern. Volkswirtschaftlich bleibt es äusserst fragwürdig, wenn eine grosse Wissenschaftsnation diejenigen, die ihr altes Auto verschrotten lassen, mit einer Abwrackprämie ködert, aber keinen Cent mehr für diejenigen investieren will, die mit ihren Köpfen etwas aufbauen wollen.

Zum Nulltarif werden sich die Bologna-Reformen nicht umsetzen lassen. Für die Bologna-Ziele, mehr Mobilität und bessere Vergleichbarkeit von Ab-

schließen in einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum, lohnt aber jeder Einsatz. Um mehr Mobilität zu ermöglichen, sollten Mobilitätsverbünde, bei denen Hochschulen im In- wie Ausland ihre Curricula aufeinander abstimmen, prämiert werden. Auch praxisnahe Studiengänge sollten längerfristig mit Geld gefördert werden. Hochschulen, deren Absolventen unmittelbar nach dem Studium einen fachnahen Arbeitsplatz erhalten haben, sollten dafür belohnt werden.

Damit der Bologna-Zug an Fahrt gewinnt, hat der Deutsche Hochschulverband die eklatanten Schwä-

chen der Reformen als Erster deutlich beim Namen benannt. Nach anfänglich scharfer Schelte ist es inzwischen auch in Politik und Wirtschaft *communis opinio*, dass die „Reform der Reform“ kommen müsse. Die Verbesserungsvorschläge des Hochschulverbandes liegen auf dem Tisch. Die Hochschulpolitik muss unverzüglich handeln, wenn der Bologna-Zug nicht entgleisen soll: Statt weiterer Beschwichtigung und betulicher „Nachbesserungsrhetorik“ heisst die Devise: „Jetzt umsteuern!“ •